

# Die Oberlausitz

## Kaufker Komjokol im Vormarsch

(Arbeiterkorrespondenz 274)

Am Donnerstag, dem 11. Februar, fand in der „Haldenburg“ in Obergurig die erste Kundgebungsversammlung statt, in welcher der Kandidat für die Wahl zum Reichstag, Kaufker Komjokol, sich den Kandidaten der Sozialdemokratie gegenüberstellte. Er zeigte an Hand von Broschüren, daß unsere russischen Brüder in ihrem Wahlkreis Kaufker etwas vorzögen, auf das wir hier kein Wort zu verlieren haben. Mit Begeisterung wartete die gut besuchte Versammlung auf das Referat des Kandidaten Komjokol. Er zeigte den Anwesenden, daß die SPD auf und forderte sie auf, sich einzureihen in die rote Einheitsfront. Die Wehle u. Co. hatten es nicht gemagt, einen Disziplinardiktator zu stellen. Aber trotzdem wurden viele wertvolle Anregungen von erkrankenden sozialdemokratischen Arbeitern von beiden Kandidaten richtig geäußert und beachtet. Die Ansprache bewies, daß die Arbeiterklasse nicht nur in der roten Front für eine bessere Zukunft zu kämpfen hat, sondern auch in der roten Front für eine bessere Zukunft zu kämpfen hat.

Werte Redner sprachen am Sonnabend, dem 13. Februar, in einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung in Döberitz. Auch hier das gleiche Beispiel, die Führer der SPD blicken den Parteimitgliedern fern, um nicht offen ihren Kontrakt zu verletzen. Die Diskussion zeigte es, daß dabei noch viele mit der SPD unzufriedene Arbeiter es erkannt haben, daß es nur einen Ausweg gibt und sich einreihen in die rote Einheitsfront. Folgendes glänzendes Werbeplakat konnte gebildet werden: 1. Aufnahmen in den KPD und 3. Aufnahmen für die SPD. Wir begrüßen die neuen Kämpfer mit einem „Heil Heil!“ in unseren Reihen. Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die Versammlung geschlossen.

### Weil sie politisch sei, ist

## SPD von Bethau gegen Erwerbslosenvertretung

(Arbeiterkorrespondenz 269)

In der letzten Gemeindevorstandssitzung zeigten sich die Vertreter der bürgerlichen und sozialdemokratischen Fraktionen wieder in voller Zügellosigkeit. Der „demokratische“ Artikel 15 ist ein Beispiel in der Geschichte. Die Amtshauptmannschaft hat als Antwort auf die parteipolitische Resolution, die Einsetzung einer Erwerbslosen- und Erziehung der Grund- und Gewerbesteuer über. Ein neuer Beweis, was mit parteilichen Resolutionen erreicht wird. Die kommunistische Fraktion beantragte nach gründlicher Auswertung der Verhandlung dieser Punkte. Der bürgerliche Vertreter Bitterlich erklärte hierzu, daß diese Anträge zwecklos seien, da man gegen den Strom nicht schwimmen könne. Dieser Meinung schloß sich die SPD-Fraktion an. Die „unpolitische“ Anträge wurden ferner die KPD-Anträge verworfen, die die Nichterhebung der Bürgersteuer forderten, denn das wöchentliche Einkommen 35 Mark nicht übersteigt, und bei, welcher forderte, die Wohlfahrtsunterstützung nicht mehr zu kürzen. Die bürgerlichen und SPD-Vertreter kamen über ein Votum. Durch diese Maßnahmen würde man der Gemeinde die Mittel nehmen. Ein neuer Beweis, daß die bürgerlichen nur aus ideologischen Gründen gegen die Bürgersteuer waren. Bei den Erwerbslosenwahlen spielte die SPD eine schändliche Rolle. Sie verstand, daß sie an der Beratung nicht teilnehmen würde, da der Erwerbslosenrat in einer politischen Versammlung gewählt sei. Die anwesenden Erwerbslosen haben sofort erkannt, daß sie nur diese Anträge als Demonstration benutzten, um sich von der Ablehnung zu brüden. Der Antrag, daß die Gemeinde für die Erwerbslosen den Wasserzins zahlen soll, wurde gleichfalls mit den Stimmen der SPD und bürgerlichen abgelehnt mit der Begründung, daß die Gemeinde kein Geld hätte.

Nach und nach erkannten alle Anwesenden, daß nur die SPD für die Interessen der werktätigen Bevölkerung eintritt. Darum kämpft mit der KPD für Arbeit und Brot, für ein freies und unabhängiges Deutschland!

### Wärner Sozialreaktion

Am Donnerstag Drach in Dresden-Neustadt, Hauptstadt des Erwerbslosen Arbeiter in plötzlichen Zusammen. Ihr war infolge Unterernährung schwarz vor den Augen geworden.

## Friedersdorfer SPD für Pflichtarbeit

### Die Werttätigen von Friedersdorf für die Forderungen der Kommunistischen Partei

(Arbeiterkorrespondenz 256)

In der letzten Gemeindevorstandssitzung, in der eine große Anzahl von Zuhörern erschienen war, wurden Anträge der KPD-Fraktion behandelt, welche lauteten: 1. Keine Bürgersteuer zu zahlen. 2. Den Wohlfahrtsempfängern die gehobene Rürgröße zu zahlen. 3. Die Wohlfahrtsunterstützung von der Steuerpflicht zu befreien. 4. Keine Pflichtarbeit einzuführen. 5. Allen Erwerbslosen den Wasserzins um 50 Prozent zu ermäßigen, desgleichen für alle Sozial- und Kleinrentner. Weiter allen Hausgrundbesitzern, deren Einkommen 2000 Mark nicht übersteigt, das von allen Kosten, die auf Haus- und Grundbesitz fallen, zu befreien. Weiter für alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner übernimmt die Gemeinde die Kosten, desgleichen für alle Einwohner, deren Einkommen 1000 Mark nicht übersteigt. Sämtliche Anträge wurden nach lebhafter Debatte mit 4 gegen 1 Stimmen und einer Enthaltung angenommen. Es wurde von anderen Vertretern darauf hingewiesen, wie Mittel hierzu durch Kürze der Ausgaben gemacht werden können. Es wurde hingewiesen auf die großen Subventionen an die Hochschulen usw., während man den Kleinen den Kadud bei jeder Gelegenheit ins Haus bringt. Zur Frage der Pflichtarbeit nahm der Vertreter Bruner (SPD) folgende Stellung ein, er sagte fast wörtlich, wenn die Pflichtarbeit trotzdem eingeführt werden möchte, solle man Härten vermeiden und wer auch ein paar Schube hat, sei in der Lage, welche zu tätigen. Darüber große Empörung unter den Zuhörern. Unsere Fraktion nahm nun in einer folgenden Einwohnerversammlung Stellung zu eben genannten Anträgen, welche von den Anwesenden gutgeheißen wurden. In dieser Versammlung wurde noch ein kommunikativer Beitrag aus den Massenorganisationen für die KPD-Fraktion gewährt und von den Versammelten begrüßt. Unser Komitee ermahnte, mit der KPD gemeinsam den Kampf aufzunehmen, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Wir konnten bei der Werbung noch weitere Kreise der Einwohner mit unserer Arbeit erreichen. 22 Abonnenten für das Volksrecht und 1 Mitarbeiter für die Partei und 1 Mitglied für die rote Hilfe war das Ergebnis der Werbung.

## Nazis brüllen: „Kauft nicht beim Juden“

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 114)

Die „Heiden“ um Adolf Hitler wettern auch in unseren Dörfern in ihren Versammlungen wiederholt gegen Kommunisten und Rotenarbeiter. Und weil es gerade ein großer Teil

„Das ist der aus dem Dr. K. K. K.“

## Feiger Naziüberfall auf Zittauer Arbeiter

Nazis tödlich wehrlose Arbeiter nieder. Die Polizei von Zittau behauptet: Kommunistischer Überfall Arbeiter, hinein in die rote Klassenfront, hinein in die KPD!

(Arbeiterkorrespondenz 270)

Am Sonnabend, dem 13. Februar, kam es zu einem ebenso feigen wie gemeinen Überfall von Nazis auf Arbeiter. In diesem Zuge zwischen 19 und 20 Uhr fanden einige Arbeiter in Unterhaltung begriffen, an der Ecke Grottauer/Wahlstraße. Ein einzelner Trupp von Nazis, alle mit Stöcken ausgerüstet, zogen dort vorbei zu einer Versammlung nach Hartau. Unter den Arbeitern befand sich auch das Mitglied der KPD, Walter F., der am Tage vorher wegen eines durchaus parlamentarischen Zwischenfalls (das lag auch der Bericht der Volkszeitung) aus einer Nazisversammlung in den Drei Kronen herausgeworfen wurde. Fühlich erklärte aus den Reihen der Nazis, die diesen Genossen wiedererkannt hatten, der Nazi: „Das sind die aus den Drei Kronen.“ Das war das Signal zu einem Angriff der Nazis auf die wehrlosen Arbeiter. Diese wehrten sich natürlich, so gut es ihnen möglich war, gegen die Hebermacht; denn die Nazis waren auf über 20 Mann angemeldet und erhielten durch neue Truppen weitere Verstärkung. Der Genosse F., dem es gelungen war, einige Angreifer von sich abzuwickeln, wollte einem jugendlichen Arbeiter, der von mehreren Nazis mit Stöcken bearbeitet wurde, zu Hilfe kommen, da rief plötzlich ein Nazi: „Das ist der von den Drei Kronen, der hat vom Freitag noch nicht genug!“ Unmittelbar darauf erhielt unser Genosse einige Messerstiche in den Rücken. Er stürzte zu Boden und verlor für einige Augenblicke die Besinnung. Als er wieder zu sich kam, war er von Nazis umringt, von denen einer sagte:

„Der Hund versteht sich bloß!“

Daraufhin wurden ihm von den entmenschten Bestien noch Tritte in die Seiten und ins Gesicht verlehrt. Als dann das Heberfallkommando erdrossen, stellte es außer den Nazis, die infolge ihrer drei bis vierfachen Hebermacht das Feld behauptet hatten, nur noch unteren schwer verletzten Genossen fest.

Das ist der Vorgang.

Wie aber sieht der Polizeibericht aus?

Im nächsten Tage meldet der Polizeibericht: „Etwa zwanzig Nationalsozialisten, die sich auf dem Wege nach Hartau befanden, um dort an einer Versammlung teilzunehmen, wurden von



finanzieren die Kandidaten der reaktionären Front von Wels-Hitler



zeichnen auf die Sammellisten der K.P.D.

## Verweigerung von Bürgersteuererlaß

durch den SPD-Amtshauptmann Rahmann, Zittau, weil Erlaß „ungefährlich“ sei

(Arbeiterkorrespondenz 272)

Hirschfeld. Die am 12. 2. festgesetzte Gemeindevorstandssitzung behandelte sich nach Bekanntgabe der verschiedenen Ausschüsse unter anderem mit den neuen Abbaumassnahmen der Amtshauptmannschaft, über Durchführung der Pflichtarbeit, reifliches Abarbeiten der Unterhütung. Unsere Genossen zeigten

auf, welche mittelalterliche Zwangsarbeit all diese Maßnahmen darstellen. Vertreter der SPD und Bürgerliche legten ihre Forderung bei dieser Angelegenheit an den Tag. Genosse Rau zeigte auf, durch weissen Vitarbeit und Unterhütung alle diese Experimente heute an den Ausgesteuerten durchgeführt werden. Nur durch Unterhütung der Brüderregierung durch die SPD ist es möglich, alle Rotverordnungen durchzuführen. Der sozialdemokratische Amtshauptmann Rahmann im Bezirk führt rigoros alles durch. Weiter sind neue Sparmaßnahmen diskutiert, indem in der Gemeinde neue Abschafungsgebühren erhoben werden sollen. Also wieder auf Kosten der schon bis aufs äußerste ausgepowerten Massen. Alle diese Ausführungen brachten den Renegaten Dutschmann in äußerste Wut. Er fühlt sich immer betrogen, seine Parteigenossen als Exekutivorgane des kapitalistischen Staates zu verteidigen.

Der einstimmig gefasste Beschluß der Beordneten betr. Bürgersteuer wurde von der Ausschussbehörde als ungefährlich erklärt. Hier wird den Arbeitern klar vor Augen geführt, daß in einer Republik, die die SPD durch die „Eiserne Front“ verteidigt, nur gelebt ist, daß der Arbeiter tüchtig bezahlt und die Ausbeuter immer größere Profite machen. Die Erwerbslosenzahlen beweisen, daß auch in Hirschfeld die Kelerbearmee immer mehr wächst: 217 männliche, 118 weibliche Erwerbslose sind vorhanden, davon angelernt männlich 93, weiblich 34, und nur 68 männliche und 34 weibliche erhalten Wohlfahrtsunterstützung. Zuhörer waren 68 anwesende Arbeiter.

Hör zu uns, zur roten Einheitsfront! Weist die Arbeitersstimme! Werdet Mitglieder der KPD!

## Berrat an der kämpfenden Mieterkraft

Mieterkongreß gegen 2. Vorsitzenden des Dresdner Mieterbewohnervereins Groh

Wir brachten bereits die Mitteilung von dem Berrat des zweiten Vorsitzenden des Dresdner Mieterbewohnervereins an den stehenden Mietern in Neugersdorf. Der am vergangenen Sonntag in Chemnitz tagende Mieterkongreß nahm zu dem Verhalten von Groß folgende Resolution an:

„Entscheidung“

Die unterzeichneten, auf dem Mieterkongreß in Chemnitz vertretenen Mitglieder des Bundes Deutscher Mietervereine (St. Dresden) erklären sich mit dem Mieterverein Neugersdorf und den dort kämpfenden Mietern solidarisch. Sie verurteilen auf das entschiedenste, daß der 2. Vorsitzende des Dresdner Mieterbewohnervereins, Rechtsanwalt Walter Groh I, die Forderungen der Selbsteigentümergesellschaft Sachlens gegenüber den Mietern als Prozeßvollmachtiger setzt. Die Unterzeichneten sehen in dieser Haltung eines Bundesvorstandsmitgliedes einen heillosen Verrat der Mieterinteressen und geloben, mit allen Mitteln für die Bekämpfung des Sachlenschen Mieterkongreßes einzutreten.“

## Parteiarbeiterkonferenz im UB Bautzen

Sonntag den 21. Februar 9 Uhr im Kretscham, Ebersbach. Mitgliederbücher der Partei, RGO und RH sind mitzubringen. UBL Sonnabendabend

## Auch eine „Massenversammlung“

(Arbeiterkorrespondenz 263)

Hartau bei Zittau. Hier hatten die Nazis im Deutschen Haus eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Schicksalstunde Deutschlands.“ Als Referent war der Arbeiter Hans Bekannet Prof. Dr. Helwig geholt worden. Ganze dreizehn Ortsbewohner waren Zuhörer seiner geistlosen Ergüsse. Im nicht allen sehr blamant zu sein, hatte man es, 60 Stühle von Zittau mitgebracht, außerdem ein Rollstuhlgehör von 20 Mann. Die Versammlung ist ein Beweis dafür, daß die Nazis bei den Hartauer Einwohnern nicht landen können. Die Hartauer Arbeiter stehen zur roten Klassenfront.